

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 05. Oktober 2006 um 18.20 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Arayici
Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Jeschke
Stadtrat Mahlmeister

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm

Stadtrat Lux
Stadtrat Rank
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadtrat Weiglein

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Lorenz

Stadtrat May
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner
Rechtsrätin Schmöger

Protokollführer: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: 2. Bgmin. Gold
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadträtin Sagol
Stadtrat Schardt
Stadtrat Ley
Stadtrat Haag
Stadtrat Konrad

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Betreuung von Schulkindern;

Gesetzliche Vorgaben und mögliche Umsetzung

A) Eingangs weist Oberbürgermeister Moser auf die Bitte von Stadträtin Wallrapp hin, die noch vorhandenen Plätze für Mittagsbetreuung an Kindergärten abzufragen. Amtsrat Hartner berichtet daraufhin von einem Telefonat mit Herrn Pfarrer Ahrens und teilt mit, dass am Kindergarten Schreibergasse 12 Kinder, Kindergarten St. Michael 6 bis 7 Plätze und am Kindergarten Alemannenstraße 2 Kinder das Betreuungsangebot annehmen. Allerdings könne man nur bis 16.30 Uhr buchen, zu Kosten von ~ 72 – 85 €/ Monat.

B) – **Ohne Abstimmung** –

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Ganztagsbetreuung an den Kitzinger Hauptschulen, Einrichtung von Speiseräumen

A) Stadträtin Dr. Endres-Paul, Referentin für Schulwesen und Kultur, macht ihren Unmut darüber deutlich, dass die Stadt Kitzingen in dieser Angelegenheit vom Freistaat Bayern im Stich gelassen worden ist und die Fördermittel bereits aufgebraucht sind. Die Fördermittel sind für die Einführung des G 8 und die Errichtung von neuen Mensen benötigt worden. Sie bittet um Zustimmung zur Ganztagsbetreuung im Sinne der Sitzungsvorlage.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen

a) SPD-Stadtratsfraktion

Die SPD stimmt der Ganztagsbetreuung an den Kitzinger Hauptschulen zu.

b) CSU-Stadtratsfraktion

Auch die CSU stimmt der Ganztagsbetreuung zu und spricht ihren Dank an die vielen ehrenamtlichen Helfer aus, die diese Ganztagsbetreuung möglich machen.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW gibt ebenfalls ihre Zustimmung. Sie äußert lediglich Bedenken hinsichtlich der Investitionen für den Brandschutz in der Hauptschule Siedlung.

d) FW-Stadtratsgruppe

Die FW bemängelt die schlechte Bezuschussung und die fehlende Unterstützung durch den Freistaat Bayern. Auch die Kosten für den Brandschutz in der Hauptschule Siedlung stellt sie in Frage. Die FW-Stadtratsgruppe stimmt aber der Ganztagsbetreuung an den Kitzinger Hauptschulen zu.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Die KIK stimmt zu und spricht ihren Dank an die ehrenamtlichen Helfer aus.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt spricht sich auch für die Einführung der Ganztagsbetreuung an den Kitzinger Hauptschulen aus.

- C) Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt fest, dass bezüglich des Brandschutzes in der Hauptschule Siedlung ein Zuschussantrag an die Regierung von Unterfranken gestellt wird. Auch wird für die Sanierung der D.-Paul-Eber-Schule ein Antrag nach Art. 10 FAG gestellt.
Stadtrat Heisel bittet, auf einen IZBB-Antrag für die Mensa in der Hauptschule Siedlung zu verzichten, da dieser mangels Mittel ohnehin abgelehnt werde und nur eine zeitliche Verzögerung mit sich bringe.
Stadträtin Wallrapp möchte nun doch wissen, wie es zu den hohen Kosten für den Brandschutz kommen kann.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass es sich bei der damaligen Sanierung nur um eine Teilsanierung und nicht um eine Generalinstandsetzung gehandelt hat und deshalb nun für den Rest des Schulgebäudes der Brandschutz erneuert werden muss.

D) – Mit 22 : 1 Stimme –

Dem Antrag von Stadträtin Stocker auf Beendigung der Diskussion wird zugestimmt.

E) – Mit 23 : 0 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. An der Hauptschule Kitzingen – Siedlung wird die sog. "kleine Lösung" (~ 102.000 €) für den Einbau einer Mensa innerhalb der Aula durchgeführt. Der Bau ist unabhängig von der Entscheidung des KM über die Genehmigung einer Ganztagsklasse. Zudem ist der Brandschutz für das gesamte Gebäude i. H. v. ~ 240.000 € durchzuführen.
3. Die Hauptschule Kitzingen-Siedlung stellt aufgrund der dann vorhandenen Mensa erneut Antrag auf Genehmigung einer Ganztagsklasse ab dem Schuljahr 2007/08 beim Kultusministerium.
4. An der D.-Paul-Eber-Schule werden im Rahmen der Generalsanierung Räume für die Ganztagsbetreuung gemäß des anliegenden Planes geschaffen, diese Räume sind in den Antrag auf FAG-Mittel mit aufzunehmen und einzubinden.

3. Antrag des Elternbeirates der St.-Hedwig-Grundschule Kitzingen auf eine kombinierte Mittags- und Hausaufgabenbetreuung

- Mit 23 : 0 Stimmen -

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen begrüßt grundsätzlich Hausaufgabenbetreuungsangebote, wird aber aus Konsequenzgründen nicht als Träger für eine Hausaufgabenbetreuung an der St.-Hedwig-Schule tätig, da dies eine freiwillige Leistung darstellen würde.
3. Die Einrichtung einer Hausaufgabenbetreuung durch einen weiteren Träger wird von der Stadt Kitzingen nicht finanziell unterstützt, um den Fortbestand der bestehenden und staatlich geförderten Angebote (Mittagsbetreuung der St.-Hedwig und Spielraum e.V.) nicht zu gefährden.
4. An der St.-Hedwig-Grundschule werden für die Einrichtung einer Hausaufgabenbetreuung Räume zur Mitnutzung am Nachmittag zur Verfügung gestellt. Die Überlassung erfolgt gegen Mietzahlung (Berechnung aufgrund der Betriebskosten) und wird durch einen Sachzuschuss an den Förderverein ausgeglichen.

5. Für das Schuljahr 2007/2008 ist eine Zusammenlegung der Angebote unter Wahrung der staatlichen Zuschüsse anzustreben.

4. Haushaltsüberschreitungen:

Tageseinrichtungen für Kinder; Auszahlung Staatszuschuss

- Mit 23 : 0 Stimmen –

Den Anträgen auf Genehmigung einer Haushaltsüberschreitung für das Rechnungsjahr 2006 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VwHh:</u> 4641 7020	Tageseinrichtungen für Kinder; Kindergärten allge- mein; Auszahlung Staats- zuschuss	0,00 €	301.800,00 €
4641 7029	Tageseinrichtungen für Kinder; Kindergärten allge- mein; Auszahlung Städti- scher Zuschuss	0,00 €	301.800,00 €

wird stattgegeben.

Die Deckung erfolgt für HSt.:

4641 7020 durch Mehreinnahmen bei HSt. 4641 1710 - Kindbezogener Förder-
anteil vom Freistaat

4641 7029 durch Ausgabeneinsparungen bei HSt. 4641 7008 - Betriebskosten-
förderung nach dem BayKiBiG in Höhe von 200.000,00 € und Mehreinnahmen
bei HSt. 9000 0030 - Gewerbesteuer in Höhe von 101.800,00 €

5. Touristische Hinweisschilder für Kitzingen entlang der Autobahnen

hier: Gestaltungsänderung (s. Anlage)

- A) Stadtrat Lux, Fremdenverkehrsreferent, kann dem neuen Hinweisschild zustimmen, al-
lerdings hätte er den Begriff „Weinhandelsstadt“ bevorzugt.
Aufgrund der entstehenden Diskussion, stellt Stadträtin Dr. Endres-Paul den Antrag
auf Schluss der Debatte.

B) – Mit 23 : 0 Stimmen –

Der Antrag auf Schluss der Debatte wird angenommen.

C) – Mit 20 : 3 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Mit dem vorgelegten Änderungsentwurf (Änderung von „Weinhandelsstadt“ in „Weinhandel“ sowie Neuaufnahme „Deutsches Fastnachtmuseum“) besteht Einverständnis.

6. Erlass einer Rechtsverordnung nach § 14 Ladenschlussgesetz

- Mit 23 : 0 Stimmen-

Die Große Kreisstadt Kitzingen erlässt folgende, der Niederschrift als wesentlicher Bestandteil beiliegende Verordnung über die Freigabe von Verkaufssonntagen und die Freigabe von Verkaufszeiten während des allgemeinen Ladenschlusses gem. § 14 des Ladenschlussgesetzes (siehe Anlage).

7. Anfrage von Stadtrat von Hoyningen-Huene;
Sperrung der Zufahrt zur Eselsbrücke

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene verweist auf den Abriss der Auffahrtsrampe zur Eselsbergbrücke. Er fragt nach einer Behelfsbrücke für die Fußgänger.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass eine Treppe installiert wird, damit die Fußgänger so lange wie möglich den Übergang zum Eselsberg nutzen können.

8. Bitte von Stadtrat Jeschke;
Hinweis auf Tempo-30-Zone in der Talstraße

Stadtrat Jeschke verweist auf die Tempo-30-Zone in der Talstraße und bittet um die Anbringung einer entsprechenden Markierung auf der Straße, da das vorhandene Schild schlecht zu sehen ist.
Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

9. Anfragen von Stadtrat Müller;
Kanalvermessung;
Bypass am Viadukt
Schreiben von Oberbürgermeister Moser bezüglich Anfrage von Stadträtin Richter;
Stellungnahme zu ISEK

Zunächst fragt Stadtrat Müller nach der Rechtsmainischen Kanalvermessung und die dadurch verursachte Überschreitung bei den Regiearbeiten. Er bittet um Vorlage eines Berichtes.

Als nächstes bezieht er sich auf den Bypass am Viadukt. Auch hier fragt er nach einem Bericht über die entstandene Kostenüberschreitung. Er erinnert daran, dass dies dem Bayerischen Prüfungsverband hätte vorgelegt werden sollen.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt zu, dass bei Vorlage des endgültigen Prüfungsergebnisses eine Information an den Stadtrat erfolgt.

Stadtrat Müller bezieht sich nun auf das vorliegende Antwortschreiben des Oberbürgermeisters auf die Anfrage von Stadträtin Richter bezüglich der Öffentlichmachung von Personalangelegenheiten. Er fragt nach dem weiteren Vorgehen.
Oberbürgermeister Moser macht deutlich, dass dieses Schreiben in enger Abstimmung mit Rechtsrätin Schmöger erstellt worden ist.
Rechtsrätin Schmöger macht nochmals ihre Auffassung deutlich.

Abschließend geht er auf die Stellungnahme des Herrn Christof zu ISEK ein. Er fragt nach, ob darüber nochmals diskutiert werden soll.
Oberbürgermeister Moser stellt fest, dass dies lediglich zur Kenntnis zu nehmen war.

10. Bitte von Stadtrat Lux:
Ampel Kroneneck:
Wilhelmshöhe

Stadtrat Lux bezieht sich zunächst auf die Ampelschaltung am Kroneneck. Er fragt nach, ob diese noch notwendig ist, da ein Rechtsabbiegen nicht möglich ist.

Von Stadträtin Wallrapp wird allerdings deutlich gemacht, dass aufgrund des Fußgängerüberweges direkt nach dem Abbiegen in die Schwarzacher Straße eine Ampelabschaltung nicht möglich ist.

In diesem Zusammenhang bittet Stadtrat Straßberger, zumindest die Verkehrsregelung Alte Burgstraße / Schrankenstraße zu ändern, da eine vorzeitige Sperrung der Alten Mainbrücke nicht möglich ist. Er regt an, die Vorfahrt wieder auf die Alte Burgstraße / Schrankenstraße zu verlegen.

Oberbürgermeister Moser sagt zu, dies in einer Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses zu behandeln.

Als nächste bezieht sich Stadtrat Lux auf den sehr schlechten Zustand der Wilhelmshöhe und fragt nach, ob dieses Gebäude nicht vorzeitig abgerissen werden könnte.

Hierzu weist Oberbürgermeister Moser auf den Zeitplan bezüglich der Planungen hin. Zunächst müsse die Kanalbaumaßnahme am Würzburger Tor beendet werden. Danach wird der Anschluss an die Westtangente vorgenommen und im Zuge dessen wird das Gebäude abgerissen.

11. Anfrage von Stadträtin Richter:
Schreiben Kindergarten Repperndorf

Stadträtin Richter bezieht sich auf das Schreiben des Elternbeirates des Kindergartens Repperndorf. Der Spielplatz kann aufgrund der fehlenden Verkehrssicherung am Gebäude Tränkenschuh nicht mehr ganz genutzt werden. Sie fragt nach den Möglichkeiten seitens der Verwaltung, um dies zu beheben.

Oberbürgermeister Moser erwidert, dass verwaltungsintern bereits Kosten ermittelt und auch Zuschüsse abgefragt werden. Er sagt die Vorlage eines entsprechenden Beschlussentwurfes zu, sobald alle Eventualitäten geklärt sind.

12. Hinweise von Stadtrat Schmidt:
Wilhelmshöhe:
Abbruch Gebäude Auffahrt Eselsbergbrücke

Stadtrat Schmidt geht nochmals auf die Problematik Wilhelmshöhe ein. Er bittet darum, zumindest die Rollläden an den Fenstern zu schließen.

Als nächstes erinnert er an den bevorstehenden Abbruch des Gebäudes an der Auffahrt zur Eselsbergbrücke. Er weist darauf hin, dass dieses Gebäude mit alten Natursteinen aus dem Stollen des alten Eselsberges errichtet worden ist. Er regt an, diese Steine seitens der Stadt Kitzingen zu sichern, um sie bei späteren Gelegenheiten wieder zu verwenden (z.B. Stützmauern).

Oberbürgermeister Moser sagt eine Überprüfung zu.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 19.25 Uhr.

Oberbürgermeister

gez.

Moser

Protokollführerin

gez.

Rose